

# Energie und soziale gerecht gestalten

NACHGEFRAGT bei Matthias Bärwolff, sozialpolitischer Sprecher der Linksfraktion

**Kürzlich erteilte der CDU-Fraktionsvorsitzende Mohring Stromrabbatten eine Absage, SPD-Wirtschaftsminister Machnig sprach sich hingegen grundsätzlich für die Einführung von Sozialtarifen für Einkommensschwächere aus. Bundesumweltminister Altmaier schwenkt auf die unsägliche Sarrazin-Linie und fordert von Menschen, die Energierechnungen nicht mehr bezahlen können, Strom zu sparen. Welches Konzept verfolgen LINKE-Sozialpolitiker?**

Selbstverständlich muss es Unterstützung für Familien aus dem sogenannten sozial schwachen Bereich geben. Schließlich ist der gegenwärtige Trend, dass steigende Energiepreise und der Zwang zu mehr Effizienz auch

ne gebrochen hat. Thüringen hat beste Chancen, ein Energieland mit kompletter Eigenversorgung zu werden. Die Energiewende bietet die einmalige Möglichkeit, mit den erneuerbaren Energien die dezentrale Produktion von Energie, insbesondere im ländlichen Raum, zu stärken.

**Wem gehört die Stromproduktion zukünftig?**

Am besten uns allen. Die Eigentumsverhältnisse im Energiesektor müssen so geändert werden, dass die Verantwortung zum einen in die öffentliche Hand übergeht, zum anderen aber auch die Menschen über Genossenschaften und Bürgerkraftwerke direkt an der Energieproduktion beteiligt werden und dadurch demokratische Kontrolle möglich ist.

liche Pflicht. Von der Landes muss gefordert werden, solche wie Bürgerkraftwerk und Genossenschaften beispielsweise vollierenden Fonds zu unterstützen. Das kann funktionieren, sind bundesweit nach Angaben des Genossenschaftsverbandes über 600 Energiegenossenschaften entstanden, aber nur 200 in den neuen Bundesländern. Auch gibt es eine Energiegenossenschaft

**Der Ausbau regenerativer bedeutet aber noch kein neues Verbraucherverhalten. Energieeffizienz und Strom sparen!**

Stimmt. Daher ist auch der Energieeffizienz ein wichtiger. Energie schonen, schaften muss finanziell unterstützt und Energieverschwendung bestraft werden. Das gesamte Wirtschaftens muss auf nachhaltigen Ansatz basieren, und dazu wird auch ein gesetz notwendig, der alle auf verpflichtet.

**Das heißt: eine bestimmte an Strom zu einem erschwinglichen Preis sollte jedem zusteht. Über hinaus würde es teuer sein.**

Sozialtarife werden über notwendig. Perspektivisch wird allerdings wieder wesentlich teurer, weil es keine Kosten der Nutzung mehr gibt. Energieeffizienz und Energieeffizienz müssen gemeinsam gedacht werden, in einem Grundkontingent an bezahlbaren Preisen. Der Staat auch eine Abwrackprämie für fressende Haushaltsgeräte. Förderprogramm für energieeffiziente nierung von Mehrparteiehäusern.

**Wohin sollte also die Reise gehen?**

Wir brauchen nicht nur Schulen oder Bildungsinitiativen, den Klimawandel informieren, erlebbare Beispiele einer nachhaltigen Wirtschaft. Das betrifft die Wohnungswirtschaft, die Ernährungswirtschaft und die Verteilung an der Energie.

**Wann sollen diese Ideen Wirklichkeit werden?**

Es gibt einen Wettlauf zwischen Konzernen und den Stadtwerken und Genossenschaften. Wenn wir in Ostsee mit Windparks und die großen Stromtrassen wurden, wird es zu spät sein, die zentralen Konzernstrukturen zu dezentralisieren. Wir müssen regionale Produktion stärken, das geht einher mit einer Energiewende. Diana Glöckner

## Menschenrechte achten

Am „Tag des Flüchtlings“ erneuert DIE LINKE ihre Forderung nach einer humanitären Flüchtlingspolitik: „Sowohl die Art der Leistungsgewährung als auch die Unterbringung und die immer noch eingeschränkte Bewegungsfreiheit für Asylsuchende und geduldeten Flüchtlinge in Thüringen sind erschreckende Belege für die Haltung der Landesregierung. Menschenrechte stehen offenkundig nicht ganz oben auf der Agenda der regierungstragenden Fraktionen im Landtag, wenn es um Flüchtlinge geht“, kritisiert die flüchtlingspolitische Sprecherin der LINKE-Landtagsfraktion, Sabine Berninger.

Das Flüchtlingsheim in Gerstungen zeige, „welche Bedeutung die Verantwortlichen einer menschenwürdigen Unterbringung beimessen: in das Flüchtlingslager in Gerstungen sollte nicht weiter investiert, es sollte geschlossen werden. Nicht nur, dass dort eindeutig gegen die von der Landesregierung erst vor zwei Jahren beschlossenen Mindeststandards verstoßen wird, nein, die Verantwortlichen rechtfertigen diese Unterkunft auch noch damit, dass die Bundesgesetzgebung keinen Spielraum lasse und dort eine ‚aktive Integration‘ möglich sei. Dem ist nicht so“, sagt LINKE-Abgeordnete Berninger.

## Jugendkanal schalten

André Blechschmidt setzt sich für einen öffentlich-rechtlichen Jugendkanal ein. „Auch junge Menschen sehen fern. Viele Angebote von ARD und ZDF sind leider so gemacht, dass sie junge Menschen nicht ansprechen. Und dies, obwohl sie wie die Älteren die Rundfunkgebühr bezahlen. Wer von allen den Rundfunkbeitrag will, der steht auch in der Pflicht, allen innerhalb seiner Programme etwas zu bieten. Davon sind ARD und ZDF derzeit weit entfernt“, so der LINKE-Medienpolitiker.

In Kindheit und Jugend wurden Hör- und Sehgewohnheiten geprägt. Wer nur Kindern und dann wieder den Generationen ab 50 im Fernsehen adäquate Angebote unterbreite, brauche sich nicht zu wundern, wenn die anderen Altersstufen zu den Programmen der privaten Rundfunkanbieter abwandern. „Somit ist ein öffentlich-rechtliches Fernsehangebot für junge Menschen auch eine Frage des Fortbestehens und der Weiterentwicklung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks“, unterstreicht der Linksfractionär.

Ein eigenständiges Programmkonzept, das auf Erfahrungen von KiKA, ZDFneo, ZDFkultur und der modernisierten Neufassung von EinsPlus aufbaut, entspreche besser den heutigen Bedürfnissen und Sehgewohnheiten Jugendlicher.



mit sozialer Ausgrenzung einher gehen. Wenn man einerseits über Jahrzehnte den großen Energiekonzernen satte Millionengewinne sichert und andererseits viele Menschen durch Niedriglöhne, prekäre Beschäftigung und Hartz IV verarmen lässt, kommt es zu solchen gravierenden Problemen. Die ganzen Vorschläge eines Mike Mohring zeugen von wenig Sachkenntnis. Denn die Problematik reicht viel tiefer und ist nicht nur eine Frage des Ausgleichs für Hartz-IV-Empfänger.

**Sondern?**

Strom muss für alle Menschen bezahlbar bleiben - unabhängig vom jeweiligen Einkommen.

**Allerdings belasten immer höhere Energiepreise schon jetzt das Haushaltsbudget vieler enorm. Gegensteuern ja, aber wann kommt es beim Stromkunden an?**

Erschwingliche Energiepreise sind nicht erst zu garantieren, wenn die Umstellung auf erneuerbare Energien gelungen ist und man damit die Macht und das Preisdiktat der großen Konzerne

**Da kommt also der Genossenschaftsgedanke zum Zuge?**

Wir brauchen neue Eigentumsverhältnisse an Anlagen zur Produktion von erneuerbaren Energien. Wenn die Menschen Anteilseigner an der eigenen Energieproduktion werden, könnten steigende Energiepreise abgedämpft und die Gewinne breit auf die Bevölkerung verteilt werden. Energiegenossenschaften bilden nicht nur im ländlichen Raum gute Möglichkeiten, da so demokratisches und solidarisches Wirtschaften möglich ist.

**Wer sind die Partner bei einem solchen Prozess?**

Die Stromkunden, die eine solche Umwandlung - von zentral zu dezentral, von Konzernen hin zu Genossenschaften - wollen und unterstützen. Aber auch Stadtwerke müssen dabei Partner werden, denn sie verfügen über Know-How, aber auch über Grundkapital. Gemeinsame Investitionen von Bürgern, Genossenschaften und Stadtwerken könnten hier gute Chancen ergeben. Natürlich trägt dabei auch die Landesregierung maßgeb-